Von: Rudolf Schmitt <admin@ig-gmg-geschaedigte.de>; im Auftrag von; arnd rueter@web.de

An:

"info@maludreyer.de"; "natascha.kohnen@spd.de"; "thorsten.schaefer-guembel@spd.de"; "olaf.scholz@spd.de"; "manuela.schwesig@spd.de"; "ralf.stegner@spd.de"; Bcc:

"udo.bullmann@europarl.europa.eu"; "mail@doris-ahnen.de"; "leni.breymaier@spd.de" "michael.groscheck@nrwspd.de"; "info@gabriele-loesekrug-moeller.de"; "post@matschie.de";

"S.Midyatli@spd.ltsh.de"; "michael.mueller@spd.de"; "kontakt@katja-paehle.de"; "info@boris-pistorius.de";

<u>"landesverband@spd-saar.de", "svenja.schulze@spd.de", "wahlkreis@alexander-schweitzer.de",</u>

"office@sk.bremen"; "johanna.uekermann@spd.de"; "sascha.vogt@nrwspd.de"; "internet@ute-vogt.de";

"dietmar.woidke@spd.de"; "Caren.Mark@bundestaq.de"; "Katja.Mast@bundestaq.de"; "Christoph.Matschie@bundestaq.de"; "Hilde.Mattheis@bundestaq.de"; "Matthias.Miersch@bundestaq.de"; "Klaus.Mindrup@bundestaq.de"; "Susanne.Mittaq@bundestaq.de"; "Siemtje.Moeller@bundestaq.de"; "Falko.Mohrs@bundestaq.de"; "Bettina.Mueller@bundestaq.de";

"Detlef.Mueller@bundestag.de"; "Michelle.Muentefering@bundestag.de"; "Rolf.Muetzenich@bundestag.de"; "Andrea.Nahles@bundestag.de"; "Dietmar.Nietan@bundestag.de"; "Ulli.Nissen@bundestag.de";

"Mahmut.Oezdemir@bundestag.de"; "Aydan.Oezoguz@bundestag.de";

'Thomas.Oppermann@bundestag.de"; "Josephine.Ortleb@bundestag.de"; "Christian.Petry@bundestag.de";

"Detlev.Pilger@bundestaq.de"; "Sabine.Poschmann@bundestaq.de"; "Achim.Post@bundestaq.de"; "Florian.Pronold@bundestaq.de"; "Sascha.Raabe@bundestaq.de";

"Martin.Rabanus@bundestag.de"; "Andreas.Rimkus@bundestag.de"; "Soenke.Rix@bundestag.de"; "Rene.Roespel@bundestag.de"; "Dennis.Rohde@bundestag.de"; "Martin.Rosemann@bundestag.de"; "Ernst-

Dieter.Rossmann@bundestag.de"; "Michael.Roth@bundestag.de"; "Susann.Ruethrich@bundestag.de"; "Bernd.Ruetzel@bundestag.de"; "Sarah.Ryglewski@bundestag.de"; "Johann.Saathoff@bundestag.de"; "Axel.Schaefer@bundestag.de"; "Nina.Scheer@bundestag.de"; "Marianne.Schieder@bundestag.de"; "Udo.Schiefner@bundestag.de"; "Nils.Schenid@bundestag.de"; "Dagmar.Schmidt@bundestag.de"; "Ulla.Schmidt@bundestag.de"; "Carsten.Schneider@bundestag.de"; "Ulle.Schmidt@bundestag.de"; "Carsten.Schneider@bundestag.de"; "Uwe.Schmidt@bundestag.de"; "Carsten.Schneider@bundestag.de"; "Dieser de "Universitätion of the state of the

"Johannes.Schraps@bundestag.de"; "Michael.Schrodi@bundestag.de"; "Manja.Schuele@bundestag.de";

"Ursula.Schulte@bundestag.de"; "Martin.Schulz@bundestag.de"; "Swen.Schulz@bundestag.de"; "Frank.Schwabe@bundestag.de"; "Stefan.Schwartze@bundestag.de"; "Andreas.Schwarz@bundestag.de"; "Rita.Schwarzeluehr-Sutter@bundestag.de"; "Rainer.Spiering@bundestag.de";

"Svenja.Stadler@bundestag.de"; "Martina.Stamm-Fibich@bundestag.de"; "Sonja.Steffen@bundestag.de"; "Mathias.Stein@bundestag.de"; "Kerstin.Tack@bundestag.de"; "Claudia.Tausend@bundestag.de"; "Mathias.Stein@bundestag.de"; "Markus.Toens@bundestag.de"; "Carsten.Traeger@bundestag.de"; "Marja.Voellers@bundestag.de"; "Dirk.Voepel@bundestag.de"; "Ute.Vogt@bundestag.de"; "Carsten.Traeger@bundestag.de"; "Marja.Voellers@bundestag.de"; "Dirk.Voepel@bundestag.de"; "Ute.Vogt@bundestag.de"; "Tak.Voepel@bundestag.de"; "Ute.Vogt@bundestag.de"; "Ute.Vogt@bundestag.de"; "Ute.Vogt@bundestag.de"; "Tak.Voepel@bundestag.de"; "Ute.Vogt@bundestag.de"; "Ute.Vogt@

<u>"Gabi.Weber@bundestag.de"; "Bernd.Westphal@bundestag.de"; "Dirk.Wiese@bundestag.de";</u> "Guelistan.Yueksel@bundestag.de"; "Dagmar.Ziegler@bundestag.de"; "Stefan.Zierke@bundestag.de"; "Jens.Zimmermann@bundestag.de"; "kevin.kuehnert@jusos.de"; "delara.burkhard@jusos.de";

"matthias.qlomb@jusos.de"; "jan.dieren@jusos.de"; "jessica.rosenthal@jusos.de"; "josef.parzinger@jusos.de"; "katharina.andres@jusos.de"; "laura.welsch@jusos.de";

"stephan.schumann@jusos.de"; "julian.engelmann@jusohochschulgruppen.de"; "michelle.rauschkolb@jusos.de"; "jan.lichtwitz@iusy.org"; "hannah.fischer@jusos.de"; "lara.kannappel@jusos.de"; "philipp.tuermer@jusos.de"

WG: Die Bundestagsfraktion der BETRÜGER

Betreff: Datum: Mittwoch, 10. April 2019 08:24:17

image003.png Anlagen:

20190409 Die Bundestagsfraktion der BETRÜGER Schreiben an Nahles und die SPD.pdf

Dr. Arnd Rüter Haydnstraße 5 85591 Vaterstetten

An die Kopien an:

Vorsitzende der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion Andrea Nahles

alle SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Mitglieder der Parteispitze, Präsidium und

Parteivorstand der SPD,

die Mitglieder des Bundesvorstandes der JUSOS

Übermittlung per Email

Betreff: Die Bundestagsfraktion der BETRÜGER

09.04.2019

Frau Nahles,

in Ihrer Antwort auf eine Frage von Frau Roswitha Gronych bei "abgeordnetenwatch" vom 08.12.2018 zum Thema "Direktversicherungen - Abschaffung der Doppelverbeitragung" ist zu lesen:

"Bei uns in der SPD-Bundestagsfraktion besteht daher Einigkeit darin, dass die Lösung in einem halben Krankenkassenbeitrag liegen kann. Damit schaffen wir zwar nicht alle Ungerechtigkeiten aus der Welt, sorgen aber für eine deutliche Entlastung vieler Betriebsrentnerinnen und -rentner. Dafür werden wir uns auch weiterhin stark machen."

Und wenn man nachschaut, ob Sie das ernst meinten mit der Einigkeit in der SPD-Bundestagsfraktion stellt man fest

Schluss mit dem doppelten Beitrag bei Betriebsrenten!



Stand: 05.12.2018 Legislaturen: 19. Wahlperiode Arbeitsgruppen: Gesundheit Abgeordnete/r: Andrea Nahles Themen: Rente, Gesundheit

Word nictors adjance May

Statement von Andrea Nahles

SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles fordert angesichts hoher Rücklagen der Krankenkassen ein Ende der so genannten Doppelverbeitragung bei Betriebsrentnern. Nun müsse Gesundheitsminister Spahn rasch handeln.

"Die gesetzlichen Krankenkassen haben Rücklagen in Höhe von 21 Milliarden Euro und bekommen immer noch den doppelten Beitragssatz von Betriebsrentnern. Das wollen wir ändern!

Wir wollen die Betriebsrenten stärken durch einen echten Freibetrag statt einer Freigrenze und eine Halbierung der Beitragssätze, wie sie auch für die Riesterrente gilt. Das haben sich die Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner verdient.

Ich freue mich, wenn sich die CDU in dieser Sache nun endlich bewegt. Gesundheitsminister Spahn muss dazu zügig ein solides Finanzierungssystem vorlegen."

ja tatsächlich; nicht nur mal flüchtig so dahin geschrieben.

Es dürfte sich nun langsam auch bis zu Ihnen herum gesprochen haben, dass wir um die Doppeldeutigkeit der Begriffe "Direktversicherungen" und "Doppelverbeitragung" wissen, besser: wir wissen wie sie von Ihresgleichen missbräuchlich verwendet werden.

Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben mindestens folgende Emails erhalten:

- 27.05.2018 "Staatlich organisierter Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch"
- 02.07.2018 "Der Traum der Juristen vom "American Way of Life"
- 08.08.2018 "Offener Brief an MdB Bärbel Bas & Ralf Kapschack"
- 19.09.2018 "Zusammenarbeit zwischen GKVen BMGS BSG zur Einführung des GMG als Basis für den seit 14 Jahren anhaltenden staatlich organisierten Betrug"
- 07.10.2018 "juristisches Mundtotmachen Lügen Betrügen Manipulieren am Rande der Legalität…"
- 01.11.2018 "Die Lügner verheddern sich im eigenen Lügengebäude"
- 13.12.2018 "Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen"
- 16.01.2019 "Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz- Teil I"

11.02.2019 "Email Antwort Dr. Rüter an MdB Max Straubinger"

Insbesondere die am 13.12.2018 und am 16.01.2019 übersandten Dokumente beschreiben und beweisen juristisch verwertbar, dass das GMG in 2003 mit einer Serie von Verfassungsbrüchen in die Welt kam, dass die mit der Einführung der Verbeitragung von privaten Sparerlösen aus Kapitallebensversicherungen einhergegangene Kriminalisierung der Justiz schon ab 2002 von der **rot**-grünen Bundesregierung und den Gesetzlichen Krankenkassen geplant wurde und dass diese Verbeitragung bis heute keine rechtliche Basis hat.

Die Verteilung am 16.01.2019 enthielt u.a. folgenden Begleittext: "die Kernaussage der Zusammenfassung des übersandten Dokumentes "Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz - Teil I" lautet: "Die Kriminalisierung der Justiz nach Einführung des GMG war von Anfang an ein Teil des Planes". Wer von Ihnen angesichts der beigefügten erdrückenden Beweise für diese Aussage in Zukunft immer noch "ist doch rechtlich alles durch "allerhöchste Rechtsprechung" und vom Bundesverfassungsgericht bestätigt" von sich geben wird, der wird zukünftig mit voller Berechtigung den Namenszusatz "notorischer Lügner" bzw. "notorische Lügnerin" erhalten. Für diejenige Person ist allerdings auch zu prüfen, inwieweit sie in dieser Etablierung mafiöser Strukturen in den drei Säulen unserer Demokratie involviert war bzw. ist und als Zahnrad/-rädchen dabei mitwirkt. Dabei wird es kein Argument sein, dass diejenige Person damals in 2002-2006 ggf. noch gar nicht in der Politik aktiv war, denn auch die Mafia muss ständig für Nachwuchs sorgen. Auch wird es kein Argument sein, wenn die Person nicht in der SPD beheimatet ist, denn ab einer gewissen Abstraktionsebene sind Sie ohnehin alle gleich."

Die SPD verkündet seit fast 3 Jahren ihre "neue sozialpolitische Idee", den mit dem GMG ab 2004 auf 100% verdoppelten Beitragssatz (§ 248 SGB V) wieder zu halbieren. Damit wollen Sie den Betriebsrenten, von denen die arbeitende Bevölkerung nun langsam aber sicher nichts mehr wissen will, zu neuem Leben verhelfen. Was Sie damit auch wollen, davon können Sie nur in "verschwiemelten" Worten herum lallen: "damit schaffen wir zwar nicht alle Ungerechtigkeiten aus der Welt". Nein tatsächlich nicht, jene ca. 6 Millionen Rentner*innen, die nach Ihren Worten "die Arschkarte gezogen haben", sollen auch weiter auf der Arschkarte sitzen bleiben. Damit beharren Sie weiterhin auf dem von der SPD in die Welt gesetzten staatlich organisierten Betrug. Sie wollen, dass das Diebesgut von bisher ca. 26 Milliarden nicht wieder (selbstverständlich mit gesetzlicher Verzinsung) zurück gezahlt wird. Sie wollen die Rentner*innen, die eine private Vorsorge mittels langfristiger Kapitalansparung betrieben haben, auch weiterhin betrügen, aber eben in Zukunft nur noch um die Hälfte. Aber auch ein halbierter Betrug ist ein staatlich organisierter Betrug. Sie denken nicht im Entferntesten daran Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen.

Sie teilen mit, dass über diese Pläne Einigkeit in der SPD-Fraktion besteht.

Die Mehrheit der heutigen Abgeordneten kann für die durch Ihre Partei begangenen Rechts- und Verfassungsbrüche von 2002 bis 2003 nicht verantwortlich gemacht werden. Aber Sie haben die neue Variante des Betrugs im Plan und wie der Abs. 2 des Gesetzes besagt "der Versuch ist strafbar".

§ 263 Betrug StGB (Strafgesetzbuch)

- (1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Der Versuch ist strafbar.
- (3) In **besonders schweren Fällen** ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten **bis zu zehn Jahren**. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
 - 1. gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung von Urkundenfälschung oder Betrug verbunden hat,
 - 2. einen Vermögensverlust großen Ausmaßes herbeiführt oder in der Absicht handelt, durch die fortgesetzte Begehung von Betrug eine große Zahl von Menschen in die Gefahr des Verlustes von Vermögenswerten zu bringen,
 - 3. eine andere Person in wirtschaftliche Not bringt,
 - 4. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger mißbraucht oder
 - 5. einen Versicherungsfall vortäuscht, nachdem er oder ein anderer zu diesem Zweck eine Sache von bedeutendem Wert in Brand gesetzt oder durch eine Brandlegung

ganz oder teilweise zerstört oder ein Schiff zum Sinken oder Stranden gebracht hat.

- (4) § 243 Abs. 2 sowie die §§ 247 und 248a gelten entsprechend.
- (5) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer den Betrug als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten nach den §§ 263 bis 264 oder 267 bis 269 verbunden hat, gewerbsmäßig begeht.

(6) [...] (7) [...]

Es handelt sich also nicht um die SPD-Fraktion, sondern

um die Bundestagsfraktion der BETRÜGER mit einer OBERBETRÜGERIN an der Spitze von Fraktion und Partei

Da sich die SPD für das Betrügen von Millionen Rentnern weiterhin stark machen will, wird der Wähler Sie und Ihre Partei in Zukunft "weiterhin schwach machen". Wir wissen sehr wohl, dass Sie mit der Verkündigung der einheitlichen Sichtweise der SPD-Fraktion den Mund zu voll nehmen. Wir realisieren aber auch, dass diejenigen in Ihrer Partei, die Ihren Weg nicht mehr mitgehen wollen und können, in der Öffentlichkeit noch schweigen. Immerhin stehen diese mit ihrer Überzeugung in vollem Gegensatz zur Parteiführung.

Mögen entweder die Anständigen in Ihrer Partei den Betrüger-Haufen zum Teufel jagen oder, falls dazu die Kraft nicht reicht, möge die SPD zügig und endgültig aus der Parteienlandschaft verschwinden. Erarbeitet hätte sich Ihre Partei das ganz allein, ohne fremde Mithilfe.

Dr. Arnd Rüter

(Mitglied der InteressenGemeinschaft der GMG-Geschädigten Direktversicherten)

18 GmG-GBV
Interessengemeinschaft
der
GmG-Geschädigten Direktversicherten